

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 4. März 2010 · Nr. 53/9 D 3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Athen will sich notfalls an den IWF wenden

Her/wmu/mas. BRÜSSEL, 3. März. Griechenland will sich an den Internationalen Währungsfonds (IWF) wenden, sollte die EU nicht zu einer Unterstützung des Landes bereit sein. Das gab Ministerpräsident Georgios Papandreu in der Kabinettsitzung bekannt, die am Mittwoch weitere Maßnahmen zur Entlastung des Staatshaushalts um 4,8 Milliarden Euro beschlossen hat. Papandreu wolle Druck auf die EU ausüben, rasch Griechenland beizustehen und den Spekulationsdruck mit einem Signal an die Märkte aufzufangen, sagten griechische Ökonomen in Athen. Die EU-Institutionen reagierten auf die griechische Forderung zurückhaltend. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der Chef der Euro-Gruppe, Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, hoben in aufeinander abgestimmten Erklärungen vor allem hervor, dass das griechische Programm geeignet sei, das für 2009 auf 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschätzte Staatsdefizit um vier Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Die Europäische Kommission will Athen am kommenden Dienstag formell attestieren, dass die von Brüssel geforderten zusätzlichen Sparschritte eingeleitet sind. Im Mai soll überprüft werden, ob sie in die Tat umgesetzt werden. (Siehe Wirtschaft, Seiten 11 und 13.)

Noch hundert Tage



Bis zur WM in Südafrika – Früher stand schon im Abseits, wer bei der Ballannahme weniger als drei Gegner vor sich hatte. Während Prinz Philip so schaut, als sei früher alles viel besser gewesen, scheint Thobeka Madiba Zuma froh zu sein, dass für sie Abseits kein Thema ist. Auf Seite 9 erfahren wir: Wenn sie

sich da nicht mal täuscht. Als Südafrikas Präsident Zuma sie nämlich im Januar heiratete, standen zwei Ehefrauen vor ihr. Weitere sollen folgen. Hier ist sie am Mittwoch zu Besuch im Mutterland des Fußballs und fährt sozusagen mit dem Platzwart geradewegs auf die Seite 31.

Heillose Verwirrung

Von Stefan Dietrich

Der FDP-Vorsitzende Westerwelle findet es „hervorragend, dass Liberale dieses Urteil erstritten haben“. Der Rechtspolitiker der Linken, Neskovic, der ebenfalls geklagt hatte, ist dagegen „richtig deprimiert“, weil das Bundesverfassungsgericht die Datenbevorratung nicht gänzlich verboten hat. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger flötet: „Keiner muss sich Sorgen machen, dass wir jetzt in eine Sicherheitslücke schlittern.“ Der Präsident des Bundeskriminalamts, Ziercke, zählt gleich eine ganze Reihe von Deliktfeldern auf, „wo man ohne Verkehrsdaten überhaupt nicht mehr ermitteln kann“. Am Tag nach dem Löschbefehl aus Karlsruhe konnte man den Eindruck gewinnen, dass nicht alle Politiker und Fachleute dasselbe Urteil gelesen haben und in derselben Welt leben.

Eindeutig klar ist nur: Seit Dienstag hat die Koalition noch ein Streitthema mehr. Und wie bei den vorher schon angesammelten – den Debatten über Steuersenkungen und illegal beschaffte Bankdaten, den Sozialstaat, die Gesundheits- und die Energiepolitik – ist auch bei diesem nicht abzusehen,

worauf sich die drei regierenden Parteien letztlich einigen könnten. Die Unionsparteien dringen darauf, eine verfassungsfeste Neuaufgabe des zurückgewiesenen Gesetzes noch vor der Sommerpause in den Bundestag einzubringen; die FDP wird alles daransetzen, ebendies zu unterbinden. Recht behalten könnte der SPD-Politiker Wiefelspütz, der frohgemut darauf setzt, dass Schwarz-Gelb überhaupt keine Kompromisslösung finden werde.

Das aber würde auf einen Zustand hinauslaufen, den sich nur wünschen kann, wer wie Neskovic die Bürgerrechte als reine Abwehrrechte gegenüber dem Staat definiert. Datenspeicherung – ob legal oder illegal – wäre dann überall und jedermann möglich, nur dem Staat und seinen Strafverfolgungsbehörden nicht. Es gibt aber noch eine Reihe von Bürgern, die vom Staat auch Schutz verlangen. Die fühlt sich anscheinend die FDP nicht mehr zuständig. Oder glaubt Frau Leutheusser-Schnarrenberger wirklich, die Polizei könne Hacker und Internetkriminelle „wie vor 2008“ mit Blaublicht und Martinshorn jagen? Die Geschädigten könnten sich bald bei ihrer Partei mit dem Wahlzettel bedanken. Anscheinend braucht die Koalition einen Anstoß aus Nordrhein-Westfalen, um ernsthaft ans Aufräumen ihrer ungelösten Streitthemen zu gehen.

Ein sonniges Geschäft

Von Andreas Mihm

Mit einem zweistelligen Milliardenbetrag fördern die Verbraucher in diesem Jahr „grünen“ Strom. Selbst wenn man die Kosten abzieht, die für den Kauf „klassischen“ Stroms entstanden wären, bleibt eine hohe Summe übrig. Die fünf Milliarden Euro für die Autoabwrackprämie des vergangenen Jahres könnten davon locker bezahlt werden. Jedes Jahr.

Für diese von der Politik gesteuerte, aber nicht bezahlte Förderung gibt es einige Gründe: Weil der Ausstoß von Kohlendioxid gebremst werden soll, müssen regenerative Energien ausgebaut werden. Weil es viel teurer ist, Strom aus Wind und Sonne zu erzeugen als aus der Verbrennung von Kohle und Atomspaltung, muss der „grüne“ Strom unterstützt werden. Für Betreiber von Windmühlen und Photovoltaikanlagen ist das ein sicheres Geschäft. Denn für ihr Produkt besteht Abnahmepflicht – und das zu Preisen, die fünf- bis sechsmal über dem aktuellen Preis an der Strombörse liegen. Der Gesetzgeber garantiert diese Vergütung zwanzig Jahre lang.

Mit Marktwirtschaft hat das wenig zu tun. Das hat auch die Koalition erkannt. Sie will das Fördergesetz für erneuerbare Energien bis 2012 überarbeiten, ein Jahr früher als geplant. Noch früher, in diesem Sommer, soll die „Überförderung“ der Photovoltaikanlagen reduziert werden. Das ist dringend notwendig, denn technischer Fortschritt und internationaler Wettbewerb haben die Preise für Solarmodule stark reduziert. Damit Hersteller und Stromproduzenten keine Extragegewinne auf Kosten der Allgemeinheit einstreichen, soll die Einspeisevergütung für Solarstrom sinken. Doch die Art und Weise, wie das geschieht, wirft neue Fragen auf – nicht nur, weil die Absenkung drei Monate später beginnt, als geplant war.

So soll etwa der Bau von großen Solaranlagen auf Feldern und Wiesen, die weniger als ein Fünftel der Kapazität ausmachen, unterbunden werden, damit Felder für den Ackerbau frei gehalten werden. Das will nicht einleuchten, wird doch der Anbau von Mais und Raps für die Verarbeitung zu Biosprit und Biogas weiter gefördert. Große Photovoltaik wird nun auf Gewerbegebiete, frühere Deponien oder aufgelassene Militärflughäfen verwiesen.

Auch die Förderung der Dachanlagen wird reduziert und das Minus durch einen höheren Bonus für den Eigenverbrauch kompensiert. Wer keinen Strom aus dem Netz bezieht, bekommt nicht nur eine höhere Förderung, er erspart sich auch die Durchleitungsgebühr, die Konzessionsabgabe, die Stromsteuer. Das freut den Hauseigentümer. Die anderen Kosten sinken aber nicht, sie werden nur auf weniger Zahler umgelegt. Auch nach der von Umweltminister Röttgen geplanten Senkung der Subventionen werden Investoren ihr Geld wohl nicht in Bundesschatzbriefe stecken. Die auf dem Dach erzielte Rendite bleibt höher.

Höher ausfallen werden aber trotz aller Absenkungsrhetorik die volkswirtschaftlichen Kosten für Solarstrom. Denn das jährliche Ausbauziel wird auf 3500 Megawatt verdoppelt. Erst wenn diese Marke überschritten ist, sinkt die Förderung. So wird aus weniger mehr. Unter dem Strich kostet die jährliche Sonnenstromgebühr netto 3,3 Milliarden Euro mehr; bis 2030 summiert sich das auf 66 Milliarden Euro. Der Anteil an der Stromversorgung könnte von heute einem auf etwa zehn Prozent steigen.

Für die Industrie, für Handwerker und Investoren ist das eine tolle Sache. Dennoch beklagt die Industrie lauthals, ausländische Wettbewerber kämen künftig eher zum Zug. Vermutlich hat sie sogar recht. Aber die Klage

Die Förderung von Solaranlagen wird nicht so stark gesenkt, wie es eigentlich sein müsste.

entblößt die Dürftigkeit des Arguments, das einen Hauch von Chauvinismus in sich trägt: Denn warum sollten Verbraucher teure hiesige Anlagen preiswerteren aus ausländischer Produktion vorziehen? Gilt nicht auch hier der Primat der internationalen Arbeitsteilung, gerade für eine Exportnation wie Deutschland?

Vor allem die Regierungen von Bundesländern, in denen es große Solarhersteller gibt, legen sich für eine höhere Förderung ins Zeug. Sie sehen Arbeitsplätze und Steuerzahlungen in Gefahr. Das ist aber kein Grund, ineffiziente Strukturen durch Subventionen am Leben zu halten. Gerade im Osten, wo der Protest groß ist, zeigt sich jetzt, wohin staatliche Investitionsplanung führt: in Fehlinvestitionen und Dauersubventionierung.

Schon bevor der Solarstrom zu saten Gebühren ins Netz gespeist wird, hat er eine lange Förderkarriere hinter sich: Investitionen in Fabriken wurden aus Steuern bezuschusst, Umschulungen von der Arbeitsagentur bezahlt, Lohnkostenzuschüsse gewährt. Nicht zuletzt hat die staatliche KfW-Bank mit zinsverbilligten Krediten die Renditen aufgehübscht. In einer fairen Solarstrom-Bilanz sollte auch das nicht unter den Tisch fallen.

Der Staat hat aber nicht die Aufgabe, für eine dauerhafte Subvention von Industrien und Technologien zu sorgen. Zeiträume von zwanzig oder dreißig Jahren sind bei weitem zu lang, nicht nur für den „Anschub“ der Photovoltaik. Für Röttgens Solarstrom-Reform heißt das: Sie ist nicht ambitioniert genug. Vom Abbau der Überförderung wird mehr gesprochen, als dafür getan wird. Da bleibt für das Parlament einiges nachzuarbeiten. Der grelle Schein der Sonne sollte die Abgeordneten nicht blind machen für die ökonomische Wirklichkeit.

Heute

Im Rücken der Mona Lisa

Das berühmteste Gemälde der Welt ist wieder Gegenstand einer Debatte: Was dabei nicht beachtet wurde, beschreibt der Kunsthistoriker Hans Belting. **Feuilleton, Seite 35**

Mechaniker gegen Armut

Die Großoffensive in Mardschah nähert sich ihrem Ende. Abdul Zahir Arian will in der ehemaligen Taliban-Hochburg eine glaubwürdige lokale Regierung aufbauen – und denkt an Deutschland. **Politik, Seite 3**

Bayerische Dialektik

Immer wieder ist es der CSU gelungen, durch den Antagonismus zwischen Bundes- und Landespolitikern unterschiedliche Wählergruppen an die Partei zu binden. Das könnte sich ändern. **Politik, Seite 4**

Vorreiter Hessen

Seit mehr als einem Jahrzehnt macht das Bundesland große Fortschritte auf dem Weg zu einer modernen kosteneffizienten Leistungsverwaltung. Ministerpräsident Koch erklärt die Grundzüge. **Wirtschaft, Seite 12**

Der HSV stürzt sich selbst

Zu riskanter Handball: Martin Schwalb, Trainer der Hamburger, nimmt den Torwart vom Feld, um in Überzahl mehr Angriffsdruck zu entwickeln – doch das Experiment geht schief. **Sport, Seite 32**

Zum Geburtstag ein Disput

Die CDU feiert Heiner Geißler und lädt als Geschenk Peter Sloterdijk ins Adenauer-Haus. Vor lauter Ober-, Unter- und Hilfsgeneralsekretären im Publikum bezaubert das wilde Denken. **Feuilleton, Seite 33**

Wörter an der Wäscheleine

In Nova Scotia ist es nirgendwo weiter als fünfundfünfzig Kilometer zum Meer. Und zur Kunst sind es stets nur ein paar Schritte. Begegnungen und Bildbetrachtungen an Kanadas Ostküste. **Reiseblatt, Seite R1**

Die FDP macht sich Hoffnungen auf eine neue EU-Richtlinie

Streit über die Zukunft der Datenspeicherung auf Vorrat / Die Union sieht Sicherheitslücken

pca/ban/nbu. BERLIN/BRÜSSEL, 3. März. Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Gesetz zur Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten für verfassungswidrig erklärt hat, streiten Union und FDP über die Konsequenzen. Unionspolitiker sprachen von „Sicherheitslücken“, die schnell geschlossen werden müssten. FDP-Politiker sagten, es gebe keine Eile. Die Ermittler hätten auch vor Inkrafttreten des Gesetzes ausreichende Möglichkeiten der Gefahrenabwehr gehabt. Die FDP-Fraktionsvorsitzende Homburger sagte: „Dass der eine drängt, die andere zur Ruhe mahnt, ist noch kein Disens über die Sache.“

Die Bundesjustizministerin sagte, es müsse „keiner Sorge haben, dass wir jetzt in eine Sicherheitslücke schlittern“. Das

Urteil enthalte eine klare Botschaft: „Nicht weiter so wie bisher.“ Es sei selbstverständlich, dass man die Entscheidung jetzt „seriös, handwerklich ordentlich, und zwar in aller Dimension“, prüfe, sagte Frau Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). „Da kann nicht automatisch was übers Knie gebrochen werden.“ Die FDP will eine nationale Neuregelung offenbar von einer Überprüfung der EU-Richtlinie abhängig machen, die Deutschland dazu verpflichtet hatte, ein Gesetz zur Vorratsspeicherung zu beschließen. Erst nach einer solchen Überprüfung könne der hiesige Gesetzgeber handeln. Es könne ja sein, sagte Frau Homburger, dass die Richtlinie ganz wegfalle oder ihrerseits eingeschränkt werde. In Brüssel hielt es am Mittwoch, Berlin werde ausreichend

Zeit zugestanden. Man sei sich bewusst, dass die aktuelle Lage durch ein Gerichtsurteil zustande gekommen sei und nicht durch ein Versäumnis der Bundesregierung. Diese habe die EU-Richtlinie zur Vorratsspeicherung fristgerecht in nationales Recht überführt.

Die Richtlinie war 2006 verabschiedet worden und musste von den Mitgliedstaaten bis spätestens zum 15. März 2009 umgesetzt werden. Wenn ein EU-Land eine EU-Richtlinie nicht rechtzeitig umsetzt, kann die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Die Richtlinie werde, wie das in der EU üblich sei, regelmäßig überprüft, um möglichen Änderungsbedarf zu ermitteln. Die Innenkommissarin Malmström will sich dazu im Herbst äußern. (Siehe Seite 2.)

Jeder fünfte Ausbildungsvertrag wird wieder aufgelöst

Berufsbildungsbericht legt alarmierende Defizite vor allem unter Einwandererkindern offen

oll. BERLIN, 3. März. Rund 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufabschluss, und jeder fünfte Ausbildungsvertrag (21,5 Prozent) wird vorzeitig wieder gelöst. Das geht aus dem Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010 hervor, der Ende März nach Abstimmung mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), den Verbänden und Parteien im Bundeskabinett beschlossen werden soll und der dieser Zeitung vorliegt.

„Nach wie vor erreicht eine große Zahl junger Menschen weder den Schulabschluss noch eine vollqualifizierende Ausbildung“, heißt es in dem Entwurf. Diese Angabe deckt sich mit der großen Gruppe der Risikoschüler in den Pisa-Studien, die auf Grundschulniveau stehenbleiben

und deshalb die Ausbildungsreife nicht erlangen. Die Bildungspolitik und die Unternehmen müssten sich dieser Gruppe verstärken annehmen, heißt es in dem Entwurf. „Schon aus Eigeninteresse für die eigene Fachkräftesicherung.“

Je länger die Schulentlassung zurückliege, je schlechter das Zeugnis und je älter der Bewerber sei, desto schlechter stünden die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Zunehmend klagten Unternehmen über Schwierigkeiten, für ihre Ausbildungsplätze geeignete Bewerber zu finden. Bei Betriebsumfragen wurden „mangelndes Leistungsvermögen und unzureichende schulische Qualifikation der Bewerber“ als wichtigste Gründe dafür genannt, dass ein Unternehmen keine geeigneten Bewerber finde.

Alarmierend ist der geringe Anteil von Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln in der Berufsausbildung. Er lag laut Berichtsentwurf bei nur 32,2 Prozent. Bei Jugendlichen ohne diese Vorgeschichte lag der Anteil hingegen bei 68,2 Prozent. Zwar verlassen 15 Prozent der Einwandererkin der Schule ohne Abschluss, doch haben auch die erfolgreichen Schulabgänger unter ihnen eine wesentlich geringere Chance, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, wenn sie kein Abitur haben. Weil überdurchschnittlich viele Jugendliche ausländischer Herkunft ohne Berufabschluss bleiben, will die Bundesregierung die Zugangsbarrieren für diese Jugendlichen in Ausbildung und Beruf abbauen. (Fortsetzung Seite 2; siehe Seite 8.)

Kabinett beschließt neue Vergütung für Solarstrom

ami. BERLIN, 3. März. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch Eckpunkte für die künftige Förderung des Solarstroms verabschiedet. Demnach soll die Einspeisevergütung für Neuanlagen, die nach dem 1. Juli ans Netz gehen, einmalig um bis zu 16 Prozent gesenkt werden. Die Förderung für selbstgenutzten Sonnenstrom soll dagegen steigen und das Ausbauziel für Neuanlagen auf 3500 Megawatt im Jahr verdoppelt werden. Insgesamt steigt die Fördersumme für Photovoltaik.

EU: Wirtschaftspolitik besser koordinieren

hmk. BRÜSSEL, 3. März. Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einer stärkeren Koordination ihrer Wirtschaftspolitik aufgerufen. Der Portugiese stellte am Mittwoch die neue „Wachstumsstrategie 2020“ vor, die unter anderem die Investitionen in Bildung sowie die Beschäftigung stärken will. Die Umsetzung der Strategie soll Europa ein zusätzliches Wachstum von mindestens zwei Prozent bringen. (Siehe Wirtschaft, Seite 13.)

Auch Hessen hat nun eine Steuer-CD

ja. BERLIN, 3. März. Auch dem Land Hessen liegt jetzt eine CD mit Bankdaten aus dem Ausland vor. Das bestätigte das Bundesfinanzministerium. Ursprünglich sei sie dem Bund direkt angeboten worden. Den Behörden werde derzeit eine „Vielzahl von Daten“ über mutmaßliche oder angebliche Steuerhinterzieher angetragen. Einen weiteren Datenträger, dessen Ankauf Baden-Württemberg abgelehnt hat, will der Bund zunächst selbst auswerten. (Siehe Wirtschaft, Seite 13.)



Briefe an die Herausgeber	40	Deutschland und die Welt	9	Jugend und Wirtschaft	21	Feuilleton	33
Reiseblatt	R1	Zeitgeschehen	10	Wetter	22	Kino	38
Stimmen der Anderen	2	Wirtschaft	11	Finanzmarkt	23	Neue Sachbücher	40
Impressum	4	Unternehmen	14	Kurse	26	Medien	41
Bildungswelten	8	Menschen und Wirtschaft	18	Sport	31	Fernsehen und Hörfunk	42